

Der Organisationspakt der Kleinen Entente unterzeichnet.

Genf, 16. Feber. Die Minister der Staaten der Kleinen Entente Jevick, Titulescu und Dr. Venes unterzeichnen heute um 12 Uhr 30 Minuten im Hotel „des Beraud“ in Genf den Organisationspakt der Kleinen Entente.

Eine Erklärung des Herrn Beneš.

Genf, 16. Feber. Minister Dr. Beneš gab an den Vertreter des tschechoslowakischen Botsbüros in Genf eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Der Pakt der Kleinen Entente ist ein politischer Akt von großer Wichtigkeit. Es ist dies eine weitere Sicherung der Festigkeit und Dauerhaftigkeit unseres Bunds.

Unter politischer Pakt will allen sagen, wir wünschen, daß sie uns in Ruhe und Frieden arbeiten lassen mögen und daß wir eine Friedens- und Konsolidierungsarbeit in gutem Willen ohne Unterschied in allen haben wollen, insbesondere in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen unseren Nachbarn. Falls aber jemand unsere Interessen und Rechte antasten würde, werden wir uns fest, entschieden, treu und solidarisch zur Wehr setzen.

Auch in Griechenland wird geschossen.

Saloniki, 16. Feber. Bei der Auflösung einer kommunistischen Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Sieben Arbeiter wurden getötet und 20 verletzt.

prächtigen Automobile stehen hat, dies für seine eigene Person erklären würde, könnte man es unschwer glauben. Die große Waffe, die unter der Wirkung der Krise ohnehin aufs schrecklichste verelendet ist, wird darüber anders denken. Sie wird Hitlers Beruhigungsspiße als schändlichen Dohn empfinden.

Wie hieß es doch, da Deutschlands Meßias bloß ein schlichter „Trommler“ war? Er besaß ein Wunderrezept für alle und alles. Anstatt das mystische Rezept jetzt, da er doch regiert, aus der Schreibtischlade herbeizuholen und es der erlauchten Welt zu präsentieren, begehrt er einen Gedankendiebstahl an den Bolschewiken, die er vernichten will, und erklärt: in vier Jahren! In zweimal vier Jahren! Nur eben, daß die Bolschewiken den Inhalt ihres Fünftjahresplanes in allen Einzelheiten veröffentlichten, während Hitler nicht mit einem Worte seine Mittel, die er anzuwenden gedenkt, andeutet. Er müßte sonst zugeben, daß er wie ein abgefeimter Lügner gesunkert hat!

Und doch: ein Wort davon hat er verdraten. Es heißt Arbeitsdienstplicht. Das heißt: Kasernierung und Zwangsarbeit ohne Lohn und ohne sozialen Schutz. Kampf gegen das „raffende Kapital“? Damit hat es seine guten Wege. Was das nationalsozialistische Parteiprogramm in Wirklichkeit erstrebt, ist Anrechnung, Delotementum, maßlose Ausbeutung der deutschen Arbeiter zur Steigerung der kapitalistischen Profite! Kampf gegen die „feinen Herren“? Der erste Akt hat bereits begonnen, er geht dahin, den „feinen Herren“, den Junkern und Baronen durch Erhöhung der Vieh-, Fleisch- und Fettstoffe ein „standesgemäßes“ Leben zu ermöglichen. Die Arbeiter, die Angestellten, die Rentenbesitzer, die Kriegsbeschädigten, die kleinen Krisenlosen, sie sollen vier Jahre warten, das Rettungsnetz für die Besessenen, die Sattelfresser dagegen wird ohne Zögern sofort in Angriff genommen!

Indessen soll die Welt nicht behaupten, daß für die Kleinen nichts geschehe. Der deutsche Rundfunk, der bis nun in Wahlzeiten allen Parteien zur Verfügung stand, wurde von Hitler und den anderen „feinen Leuten“, die mit ihm in der Regierung sitzen, in ausschließliche Benutzung genommen. Den anderen politischen Parteien wurde die Propagandamöglichkeit durch den Rundfunk genommen. Und so kann Hitler einigemale in jeder Woche das deutsche Volk retten — mit dem Maul! Indem er stundenlang seine Tiraden gegen den Marxismus losläßt und auf seine politischen Gegner schimpft, was das Zeug hält.

Zur selben Zeit wird noch ein anderes Hilfswerk vollbracht. In den Straßen der deutschen Städte werden alltäglich von den braunen Banditen Hitlers Arbeiter niedergeschossen, niedergedrückt und niederaeknuppelt...

... während der Chef dieser sauberen „Arbeiter“-Partei mit den Vertretern der Besitzer der großen Geldstränke und Latifundien in der Regierung beisammen sitzt, ihnen seine Gewinne zuschanzt und dafür sorgt, daß das Volk den Hungerleuten enger schnalle.

Die autokratischen und neuen Nachfolger Hitlers haben sich das alles ganz anders vorgestellt.

Ohne Kommunismus gäbe es keinen Hitler!

Genosse Pohl über die brudermörderische Taktik der Kommunisten.

Prag, 15. Feber. Aus der gestrigen Rede des Genossen Pohl im Budgetausschuß, die wir nur in der knappen Fassung der Parlamentskorrespondenz bringen konnten, tragen wir nachstehend vor allem jene markanten Stellen nach, in denen Pohl — durch vorausgegangene Angriffe des kommunistischen Sprechers Kopecky herausgefordert, — einmal grundfänglich und gründlich mit dem unerhörten Verhalten der Kommunisten abrechnet, die auch jetzt noch ihre ganze Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokraten richten, die Faschisten aber weiterhin so gut wie ungeschoren lassen!

Genosse Pohl wies zunächst die Behauptungen Kopeckys zurück, in denen er den Führer der ungarischen Sozialdemokraten, Peyer, als Verräter hinzustellen sich erdrehte. Die Sozialdemokraten haben nirgends „Verrat“ an der Arbeiterklasse verübt, auch nicht an der ungarischen!

Indirekt hat Kopecky auch den deutschen Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie die Hitler-Regierung tolerieren oder gar herbeigeführt haben. Zumindest behauptet Kopecky, daß seine Partei allein gegen Hitler kämpfe. Das ist historisch und sachlich falsch.

Die Kommunisten kämpfen ja gegen Hitler gar nicht mit der Einheitsfront, sondern mit dem Einheitsfrontmanöver! Sie wollen gar keine Einheitsfront,

außer der, die nicht so sehr gegen Hitler, als gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Führung gerichtet sein sollte und daß eine solche Einheitsfront in Deutschland ausgeschlossen ist, davon dürfen sie überzeugt sein!

Man kann aber auch anders argumentieren: Ohne die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, ohne den Kommunismus wäre kein Hitler möglich gewesen, ohne Kommunismus wären auch die Verhältnisse in Unruhen und Anstalten ganz anders! Ueberall hat es kom-

munistische Vorboden für den faschistischen Aufstieg gegeben, und ich bin der Auffassung, daß die momentane Gefahr, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa durch den Faschismus droht, von den Kommunisten verschuldet ist!

Ich bin überzeugt, daß jetzt Ruhe, Ernst und Besonnenheit und innere Geschlossenheit die einzigen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Faschismus sind. Ich weiß nicht, ob das noch in 14 Tagen gilt, aber vor dem 5. März hat keine Arbeiterpartei in Deutschland das Recht, die Dinge auf die Spitze zu treiben, d. h. den anderen so in die Hände zu arbeiten, daß es zu einem 5. März gar nicht kommt!

Wenn es auch richtig ist, daß Deutschland kein Italien ist, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir es mit einer struppelosen und räufelstüchigen Regierung — nicht mit der Regierung Hitler, sondern mit der Regierung Papen und Eugenbergs, zu tun haben, die dem Kabinett den Stempel des Faschismus und des Monarchismus aufdrücken. Und sie wagen auch kein Hehl daraus!

In dieser allersehwersten Stunde, die seit Reichsgründung über die deutsche Arbeiterklasse hereingebrochen ist, geht der Kampf der kommunistischen Partei gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei weiter. Als vor wenigen Tagen im Lustgarten in Berlin die große sozialdemokratische Demonstration stattfand, hat die kommunistische Partei Tausende und Aber-Tausende von Flugzetteln verteilt, nicht gegen die Faschisten, nicht gegen Hitler, Papen und Eugenbergs, sondern gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei!

So bekämpft man den Faschismus nicht! Das ist eine kurzfristige, engstirnige Politik, die es über unwahrscheinlich macht, daß sich die beiden großen Arbeiterparteien wenigstens in einer gemeinsamen Front der Abwehr finden!

Vor dem Zusammenbruch der Textilindustrie in Nordmähren!

Vor der Betriebsstillegung der Firma S. Trebitsch & Sohn, Seidenfabrik in M.-Schönberg.

Im Bezirke Mähr.-Schönberg herrscht bereits unangenehme Arbeitslosigkeit. Seit dem Jahre 1929 wurde die Spinnerei in Wiesenberg mit 280 Arbeitern im Jahre 1930 die Seidenfabrik „Silber“ A. G. in Mähr.-Schönberg mit 500 Arbeitern bei vollem Betrieb stillgelegt. Im Jahre 1930 hat auch die Fa. Eisenberger in Mähr.-Schönberg, (Seidenfabrik) den Betrieb mit rund 150 Arbeitern eingestellt. Im Jahre 1932 im Frühjahr wurde der Betrieb vorm. Franz Bujatti A. G. ebenfalls eine Seidenfabrik, die bei vollem Betrieb gegen 600 Arbeiter beschäftigte, stillgelegt. Im Jänner 1933 hat die Firma W. Lubisch & Sohn, Leinenfabrik mit 140 Beschäftigten den Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. In allen Betrieben der Textilindustrie wird nur eingeschränkt gearbeitet. So hat die Hannsdorfer Spinnerei den Betrieb in Halbzeit im September 1929 eingestellt und nur ein Teil hat in der Oberen Spinnerei Beschäftigung gefunden. Soweit die Textilbetriebe noch im Gange sind, wird mit stark vermindelter Arbeiterzahl und nur abwechselnd gearbeitet. Nun wurde allen Anstellten der Fa. S. Trebitsch & Sohn mit 15. Feber bis 31. März l. J. gekündigt, die Arbeiter werden, wenn sie die übertragenen Arbeit fertiggestellt haben, entlassen.

Diese Maßnahme hat unter der gesamten Belegschaft unangenehme Bestürzungen hervorgerufen, dies um so mehr, als die Firma ohne jede vorherige Verständigung, plötzlich einfach die geplanten Maßnahmen der Arbeiterchaft übermittelte. Die Arbeiterchaft dieses Betriebes, welche zum Großteil langjährige Arbeiter sind und der Firma in einem Vertrauen verholten haben. Ist über diesen Vorgang berechtigter Weise entsetzt.

Das Reichsgericht ohrielegt Göring.

Verbot des „Vorwärts“ ungültig.

Berlin, 16. Feber. Das Reichsgericht hat heute vormittag, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, auf die Beschwerde des „Vorwärts“ hin entschieden, daß das vor etwa 14 Tagen erfolgte dreitägige Verbot des sozialdemokratischen Zentralorgans, das wegen der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlauszuges erlassen worden war, zu Unrecht ergangen sei und deshalb aufgehoben werde.

Zeitungsverbot aufgehoben.

Düsseldorf, 16. Feber. Durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf ist das Verbot der kommunistischen Tageszeitung „Freiheit“ in Düsseldorf und „Mühre“ in Essen, mit ihren Kopflatern, das vom 1. bis 28. Feber befristet war, um die Hälfte verkürzt worden, so daß die genannten Zeitungen am 15. d. M. wieder erscheinen konnten.

In diesem Betriebe waren früher bei voller Beschäftigung rund 900 Arbeiter beschäftigt, jetzt allerdings nur noch 336 Arbeiter und 38 Angehörige beschäftigt; die Arbeiterchaft arbeitete abwechselnd seit anderthalb Jahren nur 32 Stunden die Woche. Die Notlage der Arbeiterchaft hat infolge der beschränkten Arbeitszeit ständig zugenommen, nun wird auch der letzte Nachhalt — der Arbeitsplatz — genommen.

Im Bezirke Mähr.-Schönberg sind bisher 9775 Arbeitslose gemeldet, von denen ungefähr 4000 gänzlich arbeitslos sind. Nun wird sich diese Ziffer noch um rund 400 gänzlich Arbeitslose mit einem Schläge erhöhen.

Der gemeinsame Betriebsausschuß hat sich sofort nach Bekanntwerden der Stillegung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften an die Stadtgemeinde und die Bezirksbehörde, sowie an das Gewerbeinspektorat gewendet und gegen die Stillegung Einspruch erhoben. Alle Körperschaften haben sich auch sofort bereit erklärt alle Maßnahmen der Beschäftigung zu unterstützen. Da die Firma bereits die Kündigung auch der Angestellten ausgesprochen hat, hat der Betriebsausschuß in einer neuerlichen Besprechung beschlossen, Verhandlungen direkt mit dem Chef der Firma zu verhandeln, damit vielleicht doch die Einstellung des Betriebes verhindert werden kann.

Die Situation im Bezirke wird immer kritischer. Die Grenzen des Tragbaren sind bald erreicht. Was gedenken die Behörden zu tun, um die Wälfürerschaft der Unternehmer zu brechen? Sollen die Arbeiter erst zur Verzweiflung getrieben werden?

Man richtet sich auf den Krieg ein.

Amerikaner verlassen China.

Peiping, 16. Feber. Oberst Frank Lockhart, der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Peiping, überbrachte den amerikanischen Handelsreisenden in Peking, dem Vafen von Peiping, die Befehle der amerikanischen Behörden, die amerikanischen Kaufleute mögen darauf vorbereitet sein, China in dem Falle zu verlassen, als zwischen Japan und China der Krieg ausbrechen würde. Verschiedentlich werden auch Befürchtungen laut, daß Japan im Falle eines Krieges die chinesischen Häfen blockieren würde.

Die Mordpest wütet weiter.

Stuttgart, 16. Feber. Bei einem gestern erfolgten Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten erlitten zwei Kommunisten schwere Schußverletzungen.

Zinsinbrengung noch in Schwede.

Agrarier stützen Noscks Antrag.

Prag, 16. Feber. Der Vorstand des tschechoslowakischen Abgeordneten Dr. Nosck, der Dienstag als Referent über die Zinsinbrengung plötzlich wieder die Kündigungsmöglichkeit für Kollektivverträge in den Kreditinstituten zum Zwecke der Regiesetzung in die Vorlage einbezogen haben wollte, wird hinsichtlich seiner Beweggründe immer undurchsichtiger.

Im Siebenausschuß, der sich gestern und auch heute mit diesem Antrag befaßt, mußte, stellte sich nämlich heraus, daß es außer dem Finanzministerium nur die Agrarier beider nationalen Schattierungen sind, die diesen Antrag namentlich zu ihrem eigenen machen möchten, während neben den Sozialdemokraten und Nationalsozialisten auch die Nationaldemokraten, ja selbst die eigene Partei (!) des Herrn Nosck sich durchaus ablehnend verhalten.

Ja noch mehr: im offiziellen Zentralorgan der tschechoslowakischen Partei wurde heute Herr Dr. Nosck in einer Form desavouiert, die einer offenen Ohrfeige zum Verwechseln aussteht! Dort findet sich folgende Notiz:

Zur Herabsetzung der Bezüge der Beamten der Geldinstitute.

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses beantragte Abg. Dr. F. Nosck zur Vorlage über die Regelung des Zinsfußes zum § 15 neue Absätze 3 bis 5 über die Möglichkeit der Herabsetzung der Bezüge der Angestelltenchaft der Geldinstitute.

Wir sind bevollmächtigt zu erklären, daß dieser Antrag ohne Wissen der kompetenten Organe der Partei gestellt wurde und er muß daher als persönliche Ansicht und Antrag des Abg. Dr. F. Nosck angesehen werden, mit dem die Partei in der Form, wie er überreicht wurde, nicht übereinstimmt.

Daraus müßte Herr Dr. Nosck eigentlich allerbald Konsequenzen ziehen. Er scheint aber den vielfachen Bemahnungen des Dolan (19 hinter sich zu haben; zumindest soll ein Teil des Abgeordnetenklubs mit dieser — vom Stabsflügel injenierten — Desavouierung nicht einverstanden sein. Diese Differenzen sollen heute in einer Klub Sitzung ausgetragen werden.

Fest steht jedenfalls das eine, daß in den Beratungen des Siebenausschusses hinter dem Nosck-Antrag nur die Agrarier stehen, die jedoch in Abrede stellen, davon irgendwie persönlich interessiert zu sein (es hieß, daß gewisse landwirtschaftliche Klassen durch die hohen Gehalte der leitenden Funktionäre stark belastet sind), sondern lediglich erklären, nur um der Zinsfußsenkung willen für den Antrag Nosck zu sein.

Es ist wieder einmal glücklich so weit, daß die tschechischen Agrarier (und mit ihnen die deutschen) in einer Sache, in der die Regierung nach langen Verhandlungen bereits entschieden hat, neuerlich Schwierigkeiten zu machen beginnen und dillieren wollen. Wir hätten geglaubt, daß solche Rückfälle in die Zeiten der Heca Udral doch nicht schon so bald nach dem Amtsantritt Malypetro in Erscheinung treten würden!

Da auch die heutige Sitzung des Siebenausschusses resultatlos blieb, müßte der Budgetausschuß neuerdings abgefragt werden. Morgen früh tritt der Siebenausschuß abermals zusammen.

Kurz vor Beginn der heutigen Plenarsitzung, die noch dem ursprünglichen Plan bereits die Zinsfußsenkung hätte behandeln sollen, war die Stimmung ziemlich pessimistisch. Man sprach bereits davon, daß die nächste Sitzung erst für Anfang März, und zwar auf schriftlichem Wege, einberufen werden sollte, um bis dahin genügend Zeit zur Ueberbrückung der bestehenden Gegenlage zu gewinnen. Der Vorsitzende der Regierung soll jedoch ganz entschieden darauf gedrängt haben, die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben, so daß das Hauspräsidium beschloß, die nächste Sitzung bereits für Dienstag, den 21. Feber, um 3 Uhr nachmittags festzusetzen. Auf der Tagesordnung steht neben der Zinsfußsenkung auch bereits das Auslieferungsbegehren gegen die vier nationalsozialistischen Abgeordneten.

Die heutige Hausführung dauerte infolgedessen nur eine halbe Stunde. Es wurde lediglich die Abstimmung über die Glühlampensteuer in beiden Lesungen durchgeführt und eine zweite Lesung vorgenommen.

Vorher hatte der Referent in einer Polemik gegen die gewerdeparteilichen Befürchtungen u. a. auf eine Denkschrift der nicht taxierten Glühlampenfabriken hingewiesen, die sich bereit erklärten, einen Teil der Steuer selbst zu tragen.

Selbstverwaltung in Polen abgeschafft.

Gemeinden werden kommissarisch geleitet.

Warschau, 16. Feber. Die gestrige stürmische Sejm-Sitzung, welche um 15 Uhr begann, endete heute in den frühen Morgenstunden um 3 Uhr früh mit der Annahme des Regierungsentwurfes über die Reform des territorialen Verwaltungsgebietes (Aufschaffung der Selbstverwaltung) in zweiter Lesung. Als die von der Opposition beantragten Änderungen zu diesem Gesetz von der Regierungsmehrheit abgelehnt wurden, verließ die gesamte Opposition den Beratungskreis, worauf das Gesetzesprojekt mit den Stimmen des Regierungslagers angenommen wurde.

Das Kardinalproblem des Staates:

Erweiterung der Sozialpolitik.

1000 Waggon Roggen für die Arbeitslosen.

Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech vor dem Budgetausschuß des Senats.

Prag, 16. Febr. Im Budgetausschuß des Senats, der morgen bereits das Schlußwort des Generalberichterstatters entgegennehmen und dann die Abstimmung durchführen soll, erstattete heute Genosse Dr. Czech ein Exposé, das zunächst nur als Ergänzung seiner letzten Ausführungen im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses gedacht war, aber doch wieder als ein geschlossenes Ganzes sich darstellt, in dem der verantwortliche Minister neuerdings das Kardinalproblem des Staates, die Beschaffung von Arbeit für die Hunderttausende von Arbeitslosen, in aller Schärfe herausarbeitet. Sehr viel ist von bürgerlicher Seite im Laufe der Budgetdebatten zusammengekratzt worden, aber eine klare Antwort auf die Frage, wie das Arbeitslosenproblem anders als durch Arbeitszeitverkürzung gelöst werden könnte, vermochte keiner dieser Herren zu geben!

Den in der Debatte erhobenen Forderungen nach neuerlicher Lohnsenkung zur Anfordern der Wirtschaft trat Genosse Czech mit ehrsamer Festigkeit entgegen, und auch die Aufer nach dem Abbau der „sozialen Lasten“ mußten sich eine herbe Abfuhr gefallen lassen.

Mit großer Freude wird von unzähligen Arbeitslosen vor allem die Ankündigung begrüßt werden, daß die Regierung an einen Ausbau der Ernährungsfürsorge in der Reichslandgebiete ab 12. März ein Brotzuschuß zu den Ernährungsarten gewährt werden soll. Durch Ankauf von 1000 Waggons Roggen ist diese Aktion vorläufig für einige Monate gesichert; hoffentlich wird sie zu einer dauernden Einrichtung ausgebaut werden können!

In seinem Exposé führte Genosse Dr. Czech u. a. aus:

Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn gesagt wird, daß die tragische Entwicklung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte, die in der sich mit jedem Tage steigenden Ausschaltung vieler Tausender Familienhalter aus Arbeit und Verdienst ihren Ausdruck findet, das Kardinalproblem der Stunde ist. Und so stehen denn die entscheidenden und verantwortlichen Faktoren des Staates vor einer gigantischen Aufgabe, die mit der größtmöglichen Beschleunigung gemeistert werden muß. Dies ist aber nur möglich,

wenn dem Uebel an die Wurzel gegriffen und eine grundsätzliche Lösung gesucht wird, da jede bloß an der Oberfläche liegende Lösung das Ziel verfehlen muß.

Darum stellt das Fürsorgeministerium trotz des geradezu erschütternden Ausmaßes der Massennot den charitativen Teil seiner Aufgaben an die Spitze, sondern jene Lösungen, die geeignet sind, die von der Krise betroffenen Arbeitsmenschen wieder in den Nährzustand zurückzuführen.

Arbeitsbeschaffung.

Der Weg hierzu führt vor allem über den raschesten Wiederaufbau der internationalen Wirtschaft und über die schließliche Weiträumung aller zoll- und handelspolitischen sowie der währungspolitischen Schranken.

Er geht aber auch über die Stärkung des inneren Marktes, dessen Gesundung nur durch die planmäßige Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Schichten erreicht werden kann. Er führt aber schließlich auch über eine Wirtschaftspolitik, welche die Arbeitsbeschaffung zum Mittelpunkt ihrer nächsten Aufgaben macht, alle irgendwo erreichbaren Kreditmöglichkeiten ausnützt, die den Selbstverwaltungskörpern bei der Beschaffung von Investitionskrediten auferlegten Steuern und Steuernungen lockert und dadurch die volle Ausnutzung aller Möglichkeiten gewährleistet, die

aus den vielen Tausenden, bisher unrealisierten Bauvorhaben der Selbstverwaltungskörper

Augenblicklich erliegen 3622 solcher Ansuchen im Fürsorgeministerium und bitten der Bewilligung der vom Fürsorgeministerium angebotenen Kredite. Da die Bauherren die finanziellen Mittel bereits beschafft haben, könnte die Inangriffnahme dieser Arbeiten sofort vor sich gehen und damit etwa 80.000 Arbeitslosen sofort Arbeit beschafft werden.

Wesentlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Regelung des Arbeitsmarktes.

Schon in Hand damit muß auch die Neuordnung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte gehen, wie sie in dem bereits vor zwei Jahren zur Verhandlung gestellten Arbeitsvermittlungsgesetz in Aussicht genommen ist. Was nahezu alle Teile der Wirtschaft über die ungeordneten Verhältnisse des Arbeitsmarktes vorgeschlagen haben, wenn nicht die Arbeitslosen, die sich in dem Maße, wie sie es nicht begreifen wollen, daß nur eine geordnete und beschleunigte Notwendigkeiten anzunehmende Vorstufe Wandel zu schaffen vermag. Was nun alle, vielfach mit großem Aufwande erhobenen „Vorschläge“ über die Möglichkeit der Arbeitslosenvermittlung, wenn die Sicherung der hierfür erforderlichen

Unterlagen und vor allem die obligatorische Meldung aller freien Plätze unnötig gemacht wird, wenn dem Fürsorgeministerium nicht die notwendigen Mittel zum Ausbau des Netzes der Arbeitsvermittlungsdienste zur Verfügung stehen!

Was nützt überhaupt aller Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wenn bei der Distribution der vorhandenen Arbeitsplätze der willkürlichen Auswahl des Unternehmers der weiteste Spielraum gelassen wird!

Das Fürsorgeministerium wird nicht müde, immer und immer wieder von der Nationalversammlung die baldige Verabschiedung seiner Vorlagen zu verlangen, die eine nicht mehr abweisbare Notwendigkeit sind.

Arbeitslosenzählung.

In diesem Zusammenhange soll auch gegenüber den immer wieder zutage tretenden Behauptungen, daß sich unter den vom Fürsorgeministerium veranschlagten Arbeitslosenziffern auch die sogenannten „Saisonarbeiter“, „Hausler“, „wohlstufierte Personen“ etc. befinden, festgestellt werden, daß die veranschlagten Arbeitslosenziffern, deren Zusammenstellung auf Grund gesetzlicher Normen erfolgt,

lediglich dazu bestimmt sind, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte aufzuzeigen. Die so ermittelten Ziffern decken sich mit dem viel kleineren Kreise jener Personen, welche der staatlichen Arbeitslosenfürsorge teilhaftig sind, absolut nicht. Zur vollen Klarstellung sei überdies noch hinzugefügt, daß das Fürsorgeministerium die Daten, deren Ergebnisse von den Arbeitsvermittlungsdiensten ermittelt, von den Landes-Zentral-Inspektoraten Böhmens und den Landesarbeitsämtern der anderen Länder fertig bearbeitet geliefert werden, lediglich zusammenzufassen.

Die Arbeitslosigkeit hat seit der Berichterstattung im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses leider einen weiteren und sehr wesentlichen Anstieg erfahren. Noch Ende des Monats Dezember betrug die Arbeitslosenziffer 749.876 und Ende Jänner d. J. 865.477. Das zeigt also gegenüber dem Vormonate einen Anstieg per 16 Prozent. Gegenüber dem gleichen Monate des Jahres 1929, der eine Arbeitslosenziffer per 53.247 ausweist, ergibt dies das Siebzehnfache dieser Ziffer und somit eine Verschlechterung, wie sie in keinem anderen Industriestaate des Kontinentes — auch Deutschland eingeschlossen — zu verzeichnen ist.

Die Arbeitszeitverkürzung — eine Schicksalsfrage der Wirtschaft.

Die Frage, vor der wir nun stehen, ist die, wie es möglich sein wird, eine Arbeitslosenarmee von diesen Ausmaßen wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Wir haben an früherer Stelle versucht, an die Lösung dieses Schicksalsproblems heranzukommen, soweit dies eben im Rahmen dieser Wirtschaftsordnung überhaupt möglich erscheint. Soweit es sich um die konjunkturelle Arbeitslosigkeit handelt, kann die vorgeschlagene Lösung eine Verringerung des Massennotstandes herbeiführen. Außerordentlich schwierig ist aber die Lösung für die Hunderttausende von Arbeitern, die die Opfer der Rationalisierung sind.

Für sie gibt es nur dann einen rettenden Ausweg, wenn in den Umbau der gesamten Wirtschaft und in die Neuordnung des gesamten Produktionsprozesses auch noch die Verkürzung der Arbeitszeit eingegliedert und dadurch auch für die Rationalisierungsoffer ein Stück der vorhandenen Arbeitsmenge gesichert wird. Einen anderen Ausweg sehen wir nicht.

Immer und immer wieder haben wir jene Kreise, die sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wenden, darnach gefragt, wie sie sich die Lösung dieses Problems denken und welche Vorschläge sie den unfrischen entgegenstellen können.

Man ist uns aber immer die Antwort auf unsere Frage schuldig geblieben. Wir aber können nicht warten und müßig zusehen, wie auch in der Zeit des schwersten Krisennotstandes die Rationalisierung des Arbeitsprozesses weiter fortgeschritten.

Denn, daß die geltenden gesetzlichen Normen durch die gesamte Entwicklung des Arbeitsprozesses

und vor allem durch die Technisierung des Erzeugungapparates längst überholt sind, das ist eine Erkenntnis, die — wenn man von einzelnen Interessentengruppen absteht — heute bereits Gemeingut der ganzen zivilisierten Welt ist.

Die Genier Arbeitskonferenz.

Diese Erkenntnis spiegelt sich auch in dem ganzen Verlaufe der im Jänner dieses Jahres im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf abgehaltenen Internationalen technischen Konferenz wider, die sich mit einer Mehrheit von 41 gegen 22 Stimmen für die internationale Regelung der Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verkürzung der Arbeitszeit an die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Arbeiterschaft geknüpft sei. Außer dem Vertreter unseres Staates, der hierzu durch einen Beschluß der Regierung ermächtigt wurde, haben auch noch 20 andere Staaten für die Verkürzung der Arbeitszeit gestimmt, ebenso alle Arbeitervertreter. Die definitive Entscheidung über das Schicksal der Konvention wird in der bereits für den 8. Juni d. J. einberufenen Internationalen Arbeitskonferenz fallen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Arbeitergruppe, welche bisher immer die Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit von der internationalen Regelung des Problems abhängig machte, sie gerade in dem Augenblicke, in dem ihre Vertiefung möglich war, nicht nur ablehnte, sondern mit allen Mitteln zu verhindern suchte.

Keine Lohnsenkung.

Die Forderung des Fürsorgeministeriums: Hebung des Lohnniveaus.

Und nun möchte ich mich der Generaldebatte zuwenden, in der das Wort von der „notwendigen Senkung der Löhne in der Industrie“ fiel. Mit diesen Worten hofft nämlich der betreffende Redner, der allgemeinen „Vernichtung“ Einhalt zu tun und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Das Fürsorgeministerium erklärt, daß es den Gedanken dieses Redners nicht zu folgen vermag, der anscheinend übersieht hat, daß der Arbeiterschaft aus Gründen der sogenannten „Konkurrenzfähigkeit der Industrie“ bereits mehrfache Lohnkürzungen auferlegt wurden und daß sie bereits an ein Lohnniveau gelangt ist, welches die Lebensfähigkeit geradezu in Frage stellt!

Wir alle wissen, daß die Erzeugnisse unseres Landes im Augenblicke im Ausland nahezu völlig unanbringbar sind. Wer bleibt denn noch als Abnehmer unserer industriellen Erzeugnisse, wer als Käufer der landwirtschaftlichen Produkte übrig, wenn dann auch noch außer dem Export der innere Markt vollständig lahmgelegt ist?

Die ohnedies bereits am Tiefpunkte liegende Konsumfähigkeit der arbeitenden Schichten noch weiter senken zu wollen, das hieße den letzten Akt abspielen, auf dem wir sitzen. Gegen eine solche Wirtschaftspolitik muß sich das Fürsorgeministerium auf das Entschiedenste wenden und der Parole der Lohnsenkung jene der Hebung des Lohnniveaus mit aller Entschiedenheit entgegensetzen!

Ausbau der Sozialpolitik.

Das Fürsorgeministerium muß sich auch gegen jene Ausführungen wenden, die gegen die Sozialversicherungseinrichtungen gerichtet sind und auf eine Verschlechterung der Sozialpolitik hingingen, dies alles in einem Augenblicke, in dem

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Europameisterschaften der Arbeiterfußballer.

Die nächsten Spiele um die Europameisterschaft zwischen Österreich und Tschechoslowakei finden am 30. April in Karlsbad und am 1. Mai in Bodenbach statt. Das Spiel in Bodenbach gilt als Retourspiel, so daß damit ein Spiel in Österreich nicht in Frage kommt. Polen und Deutschland werden am 18. Juni in Kattowitz (Polen) ihr Retourspiel in der Europameisterschaft austragen. Beide Länder haben sich wiederum auf einen Schiedsrichter des Ams geeinigt.

Turnspiel-Bundemeisterschaften 1933.

Anlässlich des Arbeiterportages der Tschechoslowakei am 5. und 6. August in Kuffig werden auch die Bundemeisterschaften der Männer in Handball, Radsport und Faustball ausgetragen. In den anderen Sportarten wie Tennis, Tischtennis, Badminton, Volleyball usw. werden, falls entsprechende Anmeldungen vorliegen, die Turnmeisterschaften oder Freundschaftsspiele durchgeführt.

Neues Kreissekretariat.

Nach längerer Unterbrechung hat der 5. Kreis wiederum ein Kreissekretariat eingerichtet und mit dessen Leitung Genossen Franz Kunig aus Reustadt bei B.-Leipa betraut. Das Sekretariat befindet sich in Kuffig, Bahnhofplatz 1, 2. Stod.

Schulung der Fußballfunktionäre.

In allen Bezirken des A.M.S. haben beschlußgemäß vor Beginn der Frühjahrsturnspiele Schulen für die Fußballfunktionäre (Spielführer, Schiedsrichter und Berichterstatter) stattgefunden. Folgende Redaktionspositionen können die Referenten vom Bund in Kuffig kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen: „Unsere Organisation“, „Die Fußballregeln“, „Pflichten des Spielführers“, „Der Schiedsrichter“, „Unfallversicherung der Fußballer“. Bei Anforderung der Redaktionspositionen durch die Bezirksstellen ist Name und Adresse jedes Referenten anzugeben.

troffenen Gebiete in diese Aktion einbezogen werden. Die näheren Verlautbarungen wegen Durchführung dieser Aktion werden rechtzeitig an die Öffentlichkeit ergehen.

Zusammenfassung.

Vorliegende Darlegungen sind als Ergänzung des Exposes gedacht, das ich vor drei Wochen im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erstattet habe und das einen erschöpfenden Überblick über die gesamte Arbeit des Fürsorgeministeriums in der zurückliegenden Berichtsperiode bildet. Um Wiederholungen zu vermeiden, darf ich wohl auf dieses Exposé verweisen.

Das Fürsorgeministerium hat im Rahmen der ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten seine Pflicht voll und ganz erfüllt. Es ersucht, seine Leistung, die ja, wie jedes Menschenwerk, nicht vollkommen sein konnte, gerecht zu würdigen.

Eine Erklärung des Finanzministers.

Im Laufe der Debatte nahm am Donnerstag auch der Finanzminister das Wort, der u. a. jagab, daß viele der Finanzverwaltung gemachten Vorwürfe gewiß nicht unberechtigt sind, wenn dies auch durch den Personenmangel und die vielen neuen Arbeiten zu entschuldigen sei. Den Uebergreifen bei der Steuereintreibung suche er durch einen neuen Erlass zu steuern, der dem effektiven Verkauf von Mobilien zu unangemessen niedrigen Preisen steuern soll. Wir werden nicht zulassen, erklärte der Minister, daß die Steuerträger überflüssig durch Exekutionen arm gemacht werden und daß ihre Situation durch gewissenlose Auktionen noch mißbraucht wird. Die aber, die zahlen können, oder nicht zahlen wollen, verdienen freilich keine Rücksicht.

Zu den Vorwürfen, daß er gegen die Investitionsanleihe sei, erklärte Trapf, daß diese Sache eine gewisse Vorbereitung erfordere. Er versichert, daß er nichts verabsäume und daß sich die Öffentlichkeit vielleicht schon in kurzer Zeit überzeugen werde, daß er der Frage der Beschaffung von Arbeit für unsere Arbeitslosen die größte Aufmerksamkeit gewidmet habe.

Der Minister drückt sein Erstaunen aus, wie die Gerüchte von einem weiteren Abbau der Staatsangestelltengehälter entstehen konnten, und konstatiert, daß die Regierung alles veranlaßt, um bei dem heutigen Stand der Gehälter verharren zu können.

Minister Bednyš und die deutsche Sozialdemokratie. Die „Deutsche Presse“ brachte dieser Tage die Nachricht, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Genosse Bednyš, erklärt hätte, daß er mit den deutschen Sozialdemokraten nicht zusammenarbeiten könne, wenn diese nicht für die Auslieferung der hakenkreuzlerischen Abgeordneten stimmen werden. Dazu teilt das „Bravo Lidu“ mit: Wir sind erwidert zu erklären, daß Minister Genosse Bednyš so etwas nicht gesagt hat und daß die Behauptung der „Deutschen Presse“ erfunden ist.

Das Referat des Genossen Dr. Otto Bauer, das dieser auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie gehalten hat, ist nun unter dem Titel „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“ in tschechischer Sprache erschienen. Die Uebersetzer sind die Redakteure des Währ.-Tstraucr „Duch Jaku“ A. Kotava und Fr. Richter.

die Vereindung der Massen immer mehr um sich greift und die Arbeiter, vor allem aber die Jugend einer Ausgestaltung der Schanzeneinrichtungen mehr denn je bedürfen.

Das Fürsorgeministerium hält es für seine Pflicht zu erklären, daß es fest entschlossen ist, nicht nur die bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen mit aller Entschiedenheit zu verteidigen, sondern sich im Hinblick auf die gegebenen Notwendigkeiten für deren Ausbau mit aller Kraft einzusetzen. Aus dem gleichen Grunde ist das Fürsorgeministerium bemüht, die Arbeitslosenfürsorge, die infolge der ansteigenden finanziellen Kosten trotz ihrer Unzulänglichkeit hart umkämpft ist, wenigstens einigermaßen auszugestalten.

Brotzuschuß zu den Ernährungskarten.

Darum ist das Fürsorgeministerium froh, daß es im Rahmen der von der Regierung beschlossenen Roggenaktion möglich geworden ist, den Arbeitslosen der von der Krise besonders schwer heimgesuchten Gebiete als Ergänzung der Ernährungskarten einen kleinen Ankauf zu sichern, der in einem Laib Brot besteht. Die Aktion ist vorläufig nur für einige Monate gedacht. Ihre Fundierung bilden 1000 Waggon Roggen,

die von der Regierung angekauft und von den mit der Durchführung der Aktion betrauten Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften in Form von Brot an die Distributionsstellen herangebracht werden, bei denen dann der organisierte Verteilungsdienst des Fürsorgeministeriums einsetzt. Als Beginn der Aktion ist spätestens der Anfang der nächsten Periode der staatlichen Ernährungskarten, also der 12. März d. J. gedacht. Außer der von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Gebieten sollen auch die von sonstigem Notstande be-

Das Treiben eines Bourgeois-Kommunisten.

Wird das „Prager Tagblatt“ die Deffentlichkeit weiter falsch informieren?

Es ist geradezu ein öffentlicher Skandal, daß das Blatt des Prager deutschen Bürgertums, das „Prager Tagblatt“, das sich stets auf den bei ihm üblichen vornehmen Ton beruft, den unwahren Behauptungen des Dr. Bill konsequent Raum schenkt. Wir haben schon gelegentlich bezugnehmend auf den Antikriegskongress in Amsterdam den Dr. Bill auf frischer Tat erwischt und nachgewiesen; daß er die Deffentlichkeit falsch informiert. Wir haben damals dem „Prager Tagblatt“ die ganze Lächerlichkeit vorgehalten, die darin besteht, daß Dr. Bill vom Stammtisch seines Kaffeehauses aus dem Sekretär der Sozialistischen Internationale, Dr. Friedrich Adler, gute Ratschläge erteilt und daß er ihm Vorlesungen über den Sozialismus hält. Diesmal wollen wir abermals die Deffentlichkeit aufmerksam machen, daß das „Prager Tagblatt“ dem Herrn Dr. Bill die Möglichkeit gibt, handgreifliche Unwahrheiten zu verbreiten. Dr. Bill veröffentlicht nämlich am 14. Feber im „Prager Tagblatt“ — das Blatt unterstreicht diese Ausführungen, indem es sie an leitender Stelle bringt — einen Artikel über den Streik der Bergarbeiter im Koffitzer Revier, in welchem er darauf hinweist, daß im Verwaltungsrat der Westmährischen Bergbau-A.G., der die Bergwerke des „Sozialdemokraten und Nationalsozialisten“ seien. Dieser Feststellung, die in dieser Form schon an sich unwahr ist, wie wir gleich nachweisen werden, setzt Dr. Bill hinzu: „Die sind für die Herabsetzung der Arbeiterlöhne“. Während also die Kommunisten, wie das Bourgeoisblatt rühmend hervorhebt, gegen die Herabsetzung der Löhne sind, sind natürlich die Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Löhne. So weit Herr Dr. Bill im „Prager Tagblatt“.

Wie verhält sich nun die Sache in Wirklichkeit? Der Streik im Koffitzer Revier ist ausgebrochen, weil die Westmährische Bergbau-A.G. tatsächlich die Löhne herabgesetzt hat. Dieser Herabsetzung haben die Sozialdemokraten den stärksten Widerstand entgegengeleitet. Erst nachdem die sozialdemokratischen Arbeiter sich das Vorgehen der Unternehmung nicht haben gefallen lassen, proklamierten die Kommunisten, die vordem geneigt waren, sich die Lohnherabsetzung gefallen zu lassen, den Streik. Im Verwaltungsrat der Westmährischen Bergbau-A.G. sind tatsächlich ein Sozialdemokrat, der dadurch hineingekommen ist, daß die mährischen Selbstverwaltungsorgane die Aktien der Bergbau-A.G. übernommen haben. Wäre dies nicht geschehen, dann hätten die Gruben stillgelegt werden müssen, weil sie passiv waren. Dieser einzige Sozialdemokrat nun, der im Verwaltungsrat sitzt, bemüht sich seit Wochen, den Streik beizulegen und tritt mit allen Kräften für die Rechte der Arbeiter ein. Daß er irgendwie für die Herabsetzung der Arbeiterlöhne eingetreten ist, dafür wird der Herr Dr. Bill, der hier die Ehre eines Menschen in der verantwortungsvollsten Weise in den Not schleift, nicht den geringsten Beweis erbringen können. Der führende Sozialdemokrat, der im Verwaltungsrat des genannten Unternehmens ist, und neben dem noch ein tschechischer Nationalsozialist sitzt, ist aber nicht in der Lage, gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit des Verwaltungsrats einen Beschluß herbeizuführen, der die rasche Liquidation des Streiks möglich machen würde.

Die Arbeiter des Koffitzer Revieres denken über die Sozialdemokratie allerdings anders als Herr Dr. Bill. Eine Deputation der Arbeiter dieses Reviers war nämlich beim tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Proszil und hat diesen ersucht zu intervenieren, damit der Streik durch Verhandlungen beigelegt wird. Diese Verhandlungen finden auch statt.

Mit der Feststellung dieser Tatsache wird das Urteil der Deffentlichkeit über den Dr. Bill kläglich, wenn nur zu bemerken ist, daß die Vogo für Menschenrechte, deren führender Funktionär Dr. Bill ist, durch das publizistische Auftreten des genannten Herrn nicht an Sympathie gewinnen wird.

In seiner Nummer vom 16. Feber stellt übrigens das „Prager Tagblatt“, wie wir gern feststellen, den Sachverhalt einigermaßen richtig.

Die Arbeiterrebellion in Rumänien.

2000 Arbeiter verhaftet.

Bukarest, 16. Feber. (C.M.) Ueber den Kampf der Eisenbahnarbeiter mit dem Militär und mit der Polizei wird gemeldet:

Die Streikenden, die die Werkstätten der Eisenbahnen in Bukarest besetzt hatten, forderten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Anerkennung der kommunistischen Organisationen und der angestellten Arbeiterrechte. Als sich die Streikenden nach einer dreimaligen Aufforderung nicht ergaben und sich verbarricadierten, feuerte das Militär.

Nach einem kurzen Feuerwechsel verstummten die Schüsse aus den Barricaden und man nimmt an, daß den Streikenden die Munition ausgeht. Gegen 2000 Arbeiter wurden aus den Werkstätten gebrängt und zum Zwecke eines Verhörs festgehalten.

Deutschland versinkt in Barbarei.

Die Akademie der Künste unter dem Drucke des Ungeists. Die bedeutendsten Künstler verzichten auf die Mitgliedschaft.

Berlin. Heinrich Mann, der Vorsitzende der Abteilung für Dichtkunst an der Akademie der Künste hatte einen Aufruf mitunterzeichnet, der mehrere Tage lang an den Berliner Anschlagssäulen angebracht war. In ihm wurde zur Bildung einer einheitlichen Front der SPD und der KPD aufgerufen, damit man nicht in der Barbarei versinke. Der Aufruf schloß mit dem Appell: „Setzt die Verantwortlichen unter Druck!“

Der kommissarische preussische Kultusminister Rast führte gegenüber dem Akademiepräsidenten aus, daß er für die Haltung des Vorsitzenden der Abteilung für Dichtkunst die Körperschaft als solche verantwortlich machen müsse und zunächst an die Aufhebung der Dichterkategorie gedacht habe. Reichskommissar und Akademiepräsident kamen dann darüber überein, daß zunächst die Gesamtakademie selbst Gelegenheit haben müsse,

zu dem Verhalten Heinrich Manns Stellung zu nehmen. Demgemäß berief der Präsident beschleunigt eine Vollsitzung der Akademie für den gleichen Tag ein. Diese Sitzung wurde nach § 23 der Akademieordnung durch einstimmigen Beschluß für vertraulich erklärt.

Außerhalb der Sitzung jedoch fand eine Aussprache zwischen dem Präsidenten und Heinrich Mann statt. Hierbei erklärte Heinrich Mann sich bereit, sein Amt als Vorsitzender der Abteilung für Dichtkunst niederzulegen und aus der Akademie auszuschcheiden.

Im Verlaufe der Sitzung erklärte auch Stadtbaurat Martin Wagner seinen Austritt aus der Akademie.

Bereits am gestrigen Nachmittag hatte sich Frau Professor Käthe Kollwitz entschlossen, auf ihre Mitgliedschaft in der Akademie zu verzichten.

Tagesneuigkeiten

Entsetzliches Unglück in Bruch.

Zwei Männer stürzen in einen Lustschacht.

Aus Bruch wird uns geschrieben: Gestern nachmittags ereignete sich auf dem bereits vor längerer Zeit aufgelassenen Morig-Schacht in Bruch (Kohlenwerke A.G. in Bruch) ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der alte Förderschacht sollte verschüttet werden, weshalb vor etwa zwei Wochen eine 80 Zentimeter starke Eisenbetondecke oberhalb der Füllrohrstrecke in den Schacht eingeseigt wurde, auf welche das Beschüttungsmaterial gelagert wurde. Heute nachmittags stürzte die Platte infolge Druckwirkung während der Beschüttungsarbeiten plötzlich in den etwa 15 Meter tiefer gelegenen Schachtsumpf. Dadurch entstand im Schacht ein berartig starker Luftzug, daß die beiden Arbeiter Alois Minarik und Emil Martinovskij aus Bruch, die in einer etwa vier Meter unter dem Tagkranz gelegenen kurzen Zufahrtstrecke zum Schacht mit dem Legen von Schienen beschäftigt waren, in den über 400 Meter tiefen Schacht gezogen und getötet wurden. Während die Leiche Minariks geborgen werden konnte, ist die seines Kameraden Martinovskij noch nicht gefunden worden. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt.

Krise und Kattengift.

Schulungs-Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit.

In Olmütz fand man in der Nähe des Bahnhofes einen bewußtlosen jungen Burschen liegen, der stark aus dem Runde blutete. Die Erste Hilfe schaffte ihn in das Krankenhaus, wo eine starke Vergiftung festgestellt wurde. Als der Junge zum Bewußtsein kam, teilte er mit, daß er 16 Jahre alt sei, Josef Seveil heiße und aus Schubin bei Konitz stamme. Seveil, von Beruf Schneiderlehrling, war vor einigen Tagen nach Olmütz Arbeit suchen gekommen, und war tagelang herumgeirrt, ohne eine Beschäftigung finden zu können. In seiner Verzweiflung hatte er sich für sein letztes Geld Kattengift gekauft und sich damit vergiftet. Der unglückliche Junge erlag seinen suchtbaren inneren Verlegungen.

Selbstmord im Gefängnis.

Die Tragödie einer Karlsbaderin.

Karlsbad, 15. Feber. Dienstag wurde die 22jährige Gertrud Jakob aus Pirkendammer bei Karlsbad, die wegen eines kleinen Diebstahls im Bezirksgericht in Karlsbad in Haft war, von einem Selbstmordanfall befallen. Sie stürzte sich auf eine Zellengenossin und versuchte sie zu würgen. Dann fiel sie um und blieb bewußtlos liegen. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, an einer Vergiftung. Gertrud Jakob spielte in den letzten Wochen als Hauptgenossin in dem Ehrenbeleidigungsprozeß, den ein tschechischer Beamter gegen einen Arbeitslosen angestrengt hatte, eine gewisse Rolle. Durch Obdunkung wird festgestellt werden, welches Gift das Mädchen genommen hatte.

Ein Gattenmord in Losdorf.

Mittwoch, den 15. d. M. in den frühen Morgenstunden ereignete sich in Losdorf eine furchtbare Mordtat. Ein wegen Krankheit beurlaubter Eisenbahner, namens Falteffel, 28 Jahre alt, seit 1930 mit seiner Frau Marie, geb. Blumentritt verheiratet, tötete ohne jede Ursache seine 25jährige Frau durch drei Schüsse aus einem Browning. Dann legte er die Leiche auf eine Ottomane, bedeckte sie mit einem Leintuch und entfernte sich. Kurze Zeit später wurde von der Mutter der Ermordeten die furchtbare Tat entdeckt. Als sich eine Gerichtskommission und Gendarmen nach Losdorf begab, begegnete sie dem Mörder, der sich auf dem Wege gegen Teitschen befand. Ohne Widerstand ließ er sich festnehmen.

Sobald bekannt ist, dürfte Falteffel die schreckliche Tat in einem Anfall geistiger Umnachtung verübt haben.

Das schlesische Bergwerksunglück.

Wieder drei Leichen geborgen.

Breslau, 16. Feber. Von den auf der Königin Luise-Grube Verunglückten sind bis Donnerstag 11 Uhr 30 Minuten drei weitere Bergleute tot geborgen worden. Von den gestern lebend geborgenen vier Bergleuten ist einer inzwischen seinen Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der Ueberlebenden drei beträgt. Drei Leute liegen noch unter den Brüchen. Zwei von ihnen, die tot sind, werden voraussichtlich im Laufe des Tages freigelegt werden. Die Lage des letzten Verschütteten ist noch unbekannt.

„In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben...“, also sprach Hitler und auf diese Äußerung, so schreibt Paul Faure im „Populaire“, werden sich sämtliche Reaktionäre und Konserverativen nicht nur Deutschlands, sondern ebenso Frankreichs und der ganzen Welt stützen; sie werden sich schon von dem Abdruck befreit haben, als den sie Sozialismus und Sozialisten auf sich lasten fühlen; um dieses Ziel, von dem sie sich eine gute Verdauung und einen sanften Schlaf versprechen, zu erreichen, sind sie bereit, allem und jedem Beifall zu klatschen. Es ist ganz seltsam, meint Faure, daß die kapitalistischen Kreise sich noch niemals darüber Rechnung gelegt haben, daß doch die reale Kraft des Sozialismus nicht in den parlamentarischen Formationen wurzelt, deren Zahl und Macht je nach den Wahlumständen verschieden sind und daß diese Umstände doch wieder von Ebbe und Flut einer beweglichen und wechselnden öffentlichen Meinung abhängen. Der Klassenkampf ist eine Tatsache, und nicht ein von Träumern und Theoretikern an Bierbänken oder in Redaktionsstuben erdachtes System. Der Klassenkampf ergibt sich aus den materiellen Lebensbedingungen jedes einzelnen und drängt sich den Unternehmern ebenso auf wie den Arbeitern. Dagegen vermag Hitler ebenso wenig etwas wie etwa Mussolini oder Herr Daladier. Selbst wenn ein Erdbeben den größten Teil aller Sozialisten verschlänge oder wenn sie von Hitler und seinen Legionen massakriert würden, würde das die soziale Frage nicht regeln; auch nicht, wenn Herr Daladier, was er aber durchaus nicht will, große Reformen verwirklichte. Auf der einen Seite steht ein Kapitalismus, längst unfähig, seine Produkte abzusetzen, immer nur aus einer Krise sich befreiend, um in die nächste noch schwerere und tiefere zu stürzen, nicht wissend, was zu tun und wohin die Schritte zu lenken, ohne Kompas und Richtschnur — auf der anderen Seite ein zahlloses Proletariat, dessen Leben auf dem überfüllten Arbeitsmarkt immer unsicherer wird und das, wohin es immer seine Blicke wendet, keinen anderen Ausweg fand und finden wird als in den sozialistischen Lösungen. Man schämt oder disnutiert ins Leere, wenn man diesen Aspekt des modernen sozialen Problems verliert. Man kann Sozialisten morden, wie man es mit Jaurès und Kurt Eisner getan hat, man kann aus ihnen anderwärts festsitzende Diktatoren machen wie aus Mussolini oder Regierungschefs mit demokratischer Etikette wie MacDonald — die ökonomische Wirklichkeit ruft doch unabweislich den Sozialismus herbei, ganz so wie die Sonne bald aus der heute noch in Eis gehüllten Erde und aus den scheinbar leblosen Bäumen Ernte, Blüten und Früchte wird sprechen lassen.

Origineller Vorschlag zur „Bekämpfung“ des Alkoholismus. In den Hungergebieten Karpatho- und Ostgaliziens blüht der Alkoholschmuggel, besonders an der rumänischen Grenze, weil der Spiritus in Rumänien nur 17 Kr der Liter kostet, bei uns aber 37 Kr. Auch denaturierter Spiritus wird viel getrunken und Mondscheindrenerien scheiden durch Verunreinigung einer Salzlösung aus der Benzinmischung den reinen Alkohol aus, der trotz des leichten Benzingeruches ein sehr begehrt Getränk ist. Das Landesamt

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 12.15: Jugendliteratur. 12.25: Deutsche Sendung. 12.30: Singpiel. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert. 12.35: Deutsche Sendung: Operettenlieder. — Ráth.-Ofrau: 10.10: Militärkonzert. 12.15: Schrammelfest. 12.15: Leichte Orchestermusik. — Brestla: 19.30: Volkslieder. — Breslau: 17.15: Chorgesänge. — Ráthler: 16.40: Gesänge von Klavierkonzert. — Langenberg: 22.30: Rhythmus. — Leipzig: 19.30: Schumann: Spanisches Flauto. — München: 20: „Der Mikado“, Operette. — Wien: 16.45: Jüdisches Konzert. 19.30: Pieder und Palladen. 22.15: Tanzmusik.

von Karpatho- und Ostgalizien war genötigt, ein allgemeines Spiritusverbot auszusprechen. Am Samstag und Sonntag früh zu erlassen und strenge Strafen für den illegalen Verkauf in Privatwohnungen sind vorgesehen. Die slowakischen Spiritusinteressenten wollen ein besseres Mittel. Sie haben an zuständiger Stelle ein Memorandum eingereicht und den Antrag gestellt, den Preis längs der Grenze auf 25 Kr herabzusetzen. Wenn schon getrunken wird, dann wollen doch wenigstens unsere Spiritusbrenner den Nutzen davon haben.

Ausbau der Jahrspläne für Schulkinder. Minister Dr. Spina kündigte im Budgetausschuß des Senates an, daß beim Gesundheitsministerium eine Gesellschaft gebildet wurde, die praktisch die Schuljahrspläne organisieren soll. Das Ziel geht dahin, daß alle Kinder, sowohl in der Stadt wie auch auf dem Lande, beim Ausbruch aus der Schule ein vollkommen in Ordnung befindliches Gedächtnis aufweisen können.

Für den Ausbau des Allgemeinen Krankenhauses in Prag sollen, wie Gesundheitsminister Dr. Spina im Senat mitteilte, die vorbereiteten Arbeiten bereits soweit fortgeschritten sein, daß man voraussichtlich schon im Sommer an die Ausführung der Konkurrenz für die Pläne schreiten können wird.

Selbstmord. Am 16. Feber wurde im Gemeindefeld in Lösch bei Brünn an einer entlegenen Stelle die Leiche eines unbekanntes Mannes aufgefunden, der auf eigenartige Weise Selbstmord verübt hat. Er hat sich die Seele mit einem Fußball über den Kopf gezogen, die über den Hals zuschnürte, so daß er erstickte. Der unbekanntes Selbstmörder, dessen Identität bis in die Abendstunden noch nicht festgestellt werden konnte, ist etwa 30 Jahre alt.

So geschah's im Jahre 1933. In einer nordböhmischen Stadt verkaufte der Radiohändler einem Postler Bestandteile zum Bau eines Detektorempfängers. Der Ertrag für den heute nur noch wenig beliebten Kristallapparat war recht gering. Von dem Verkaufer erfuhr die Behörde und schickte dem Händler die nicht geringe Strafe von 400 Kr vor. 200 Kr für Unterlassung der Namensverweigerung und 200 Kr dafür, daß er vom Käufer keine Konzeptionsliste abverlangte. Die Strafverhängung war wohl durchaus angebracht und solange das längst überholte Gesetz über Rundfunkanlagen nicht novelliert wird, könnte dieses Schicksal für sich Radiohändler der ganzen Republik ereilen. Ein liberales Vorgehen der Behörden während der Uebergangszeit wäre jedoch für die Entwicklung der Radiophonie unerlässlich.

Eine schöne Tat. Im französischen Ministerrot hat der Minister für öffentliche Arbeiten Boganon über seine Reise in das Saargebiet ausführlich der Befreiung der Opfer von Neunkirchen Bericht erstattet. Es wurde beschlossen, in der Kammer die Bewilligung von 500.000 Franken für die Opfer der Katastrophe von Neunkirchen zu beantragen.

Für 10.000 Kr Kleider gestohlen. Ein ungarisch-stadisch wird uns geschrieben: In die Verkaufsräume der Kleiderverwertungsgenossenschaft in Bilovec sind in der Nacht auf Mittwoch unbekanntes Täter eingebrochen und haben Kleider im Werte von 10.000 Kr entwendet, die sie auf ein Lastautomobil verladen und spurlos verschwanden.

Höflichkeit aus Südamerika. Die Truppen Kolumbiens haben, wie die Kolumbier berichten, das besetzte Dorf Lara Baca in Kolumbien erobert. Die peruanischen Truppen haben in das Dschungel. Das Kabinett Kolumbiens ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um über die eventuelle Proklamierung des Belagerungszustandes im ganzen Staate in Hinblick auf die erste Lage im Amazonas-Gebiete zu beraten. — Von peruanischer Seite wird mitgeteilt, daß peruanische Militärabteilungen den kolumbianischen Angriff in den Dschungeln bei Lara Baca abgebrochen haben und daß den Kolumbianern schwere Verluste beigebracht haben.

Reitungslohn nach 127 Jahren. Ein Kolonialland aus Kobern, Franz Spohn, diente einst in der Leibgarde Napoleons I. In der Schlacht bei Austerlitz rettete er durch seine Geistesgegenwart dem französischen Kaiser das Leben. Zum Dank legte ihm der General eine für die damaligen Zeiten sehr hohe Lebensrente von jährlich 500 Franken aus. Mit der Bestimmung, daß diese Rente für alle Zeiten den männlichen Erben von Franz Spohn ausbezahlt wird. Ein solcher Erbe lebt heute noch in Kobern. Er hat jetzt seinen 75jährigen Geburtstag gefeiert und heißt Louis Gerwin. Jedes Jahr listert er 500 Franken, die ihm der französische Staat ausbezahlt.

TRAGEN SIE SCHUHE JE NACH WITTERUNG!

Bata 69.-



Knaben Schnürschuhe aus festem Box mit Korksohle. Größe 35-37 K€ 9.-

Gr. 27-34

29.-



Gummi-Galoeschen. Spangenhalschuhe in schwarz Box. 39

39

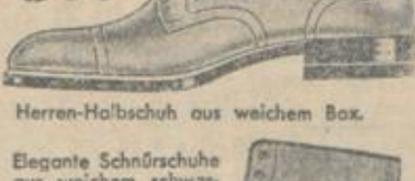
15.-



Galoeschen und Oberschuhe schützen Ihre Schuhe vor Nässe. Leichte Oberschuhe in braun oder schwarz für Halbschuhe mit hohem oder niedrigem Absatz. 19.-



Elegante Schnürschuhe aus weichem schwarzem Box. Doppel-Ledersohle. 59.-



Herren-Halbschuh aus weichem Box. 59.-



Pflegen Sie Ihr Schuhwerk mit unserer Schuhcreme. Gut gepflegte Schuhe behalten länger ihre ursprüngliche Dauerhaftigkeit und bleiben wie neu. Tubencreme K€ 1.-, Schuhcreme in Schächt. K€ 1.- und 2.-, Schuhfett K€ 2.-, Putzlappen K€ 2.-

Kinderstrümpfe: Baumwollstr. K€ 2.-, 3.-, 4.-, Wollstr. K€ 4.-, 6.-, 9.-, Damen-Baumwollstrümpfe ab K€ 2.-, Seidenstrümpfe K€ 7.-, 9.-, 15.-, Herrensocken ab K€ 1.50

PRAGER ZEITUNG.

Offener Brief an Herrn Professor Franit.

Sehr geehrter Herr Professor!
Am Mittwoch, den 8. ds., besuchte ich mit meiner neunjährigen Tochter die Kindervorstellung „Emil und die Detektive“ und sah dabei noch viel jüngere Kinder auch. Das an Empörung grenzende Erstaunen, das ich wohl mit den meisten dort anwesenden Erwachsenen über das Borspiel teilte, veranlaßt mich zu der Frage, wie es eine Kulturstätte, wie die Urania es ist oder sein sollte, wagen kann, Kindern eine derartige Kriegspropaganda vorzuführen? Soll das etwa eine Vorbereitung sein für die Vorbietungen, die uns leider das Kino von heute gibt? — Traurig genug, daß man nicht das Verständnis aufbringt, daß die technischen Erklärungen über den Fernsunk für Kinder viel zu schwer verständlich sind, aber noch viel trauriger und unfassbarer ist es, daß man Kindern dann einige Minuten lang die Beschichtung der Schiffe auf Fernsunkkommando zeigt. Interessieren sich Jugendliche für die Technik des Fernsunks, so haben sie wohl genug Gelegenheit durch Lektüre auch in dieses Thema eingeführt zu werden. Und in solchen Kinovorstellungen kann man ja genug davon sehen mit anschließenden Wirkungen im Kriegesfälle. Weht man mit Kindern in ein Kino, so muß man sich der Gefahr aussetzen und Kriegsvorführungen in Kauf nehmen, geht man aber zu einer Kinderveranstaltung, so sollte man wohl annehmen, daß ein wenig Nachdenken unsere Kinder schützen könnte vor dem Anblick von Kriegsgreueln. Oder glauben Sie etwa, Herr Professor, daß unsere Junge Generation durch derartige Erklärungen und Abbildungen abgeschreckt wird vom Wahnsinn des Krieges? Ich fürchte nein. — Denn die Menschheitsgeschichte lehrt uns das. Sollten wir nicht einmal andere Wege versuchen, um unsere Kinder hinauf statt hinab zu ziehen?
Thea Theiner.

Diese Trohng habe Fleischmann in solche Angst versetzt, daß er die Vergleichserklärung unterschrieb. Tags darauf war er frei. Später erkannte Fleischmann, daß er einen Fehler gemacht hatte und versuchte auf dem Prozeßwege zu einer angemessenen Entschädigung zu gelangen. Aber die Versicherungsgesellschaft verließ sich der Klage gegenüber ganz einfach auf die unterschriebene Vergleichserklärung, durch welche die Sache definitiv erledigt und eine weitere gerichtliche Auseinandersetzung unzulässig ist. Tatsächlich wurde die Klage abgewiesen und sowohl die zweite Instanz als auch das Oberste Gericht bestätigten die Abweisung, so daß Fleischmann außer dem nicht gedeckten Brandschaden noch die ganzen hohen Prozeßkosten des jahrelangen Prozesses, und zwar sowohl die eigenen, als auch die der Gegenseite zu tragen hatte. Soweit der Inhalt der genannten Eingabe, wobei Fleischmann freilich nicht bedachte, daß der Justizminister auf die Rechtsprechung nicht den mindesten Einfluß besitzt und daher auch nicht in strittige Fälle eingreifen kann. Fleischmann erhob in der Zukunft auch Anklagen gegen den Untersuchungsrichter Dr. Riedel, in dessen Gegenwart der Vergleichsbeamte ungehindert die Drohungen ausgeprochen habe, durch die Fleischmann zu der Unterzeichnung der verhängnisvollen Abfindungserklärung veranlaßt wurde, welche das weitere Schicksal seines Anspruches entschied. In einer weiteren Eingabe vom 1. Februar wiederholte Fleischmann gleichfalls in scharfer Form sein Anklagen. Die Stillierung dieser Eingabe war derart, daß sie Beschuldigungen des Untersuchungsrichters zu enthalten schienen, in dessen Gegenwart der erwähnte Vergleich unterschrieben worden war. Beschuldigungen, welche den Tatbestand des Verbrechens des Amtsmißbrauchs und der Teilnahme an dem Verbrechen der Erpressung hätten beinhalten können. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Fleischmann die Anklage wegen des Verbrechens der Verleumdung. Der Gerichtshof gelangte zu einem Freispruch. In der Urteilsbegründung wurde ausgesprochen, daß der § 200 St.G. die Beschuldigung absolut „erdrückter“ strafbarer Handlungen voraussetze. Objektiv seien aber die in der Eingabe vorgebrachten Tatsachen wahr. Der Angeklagte sei auf Grund seiner während seiner Untersuchungshaft unterschriebenen Vergleichserklärung in den folgenden Prozessen sachfällig geworden und habe daher sein Vermögen verloren. Die Form der Eingabe sei allerdings verletzt gewesen. Das Gericht habe jedoch nicht zur Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gelangen können. Der Angeklagte, der körperlich und seelisch furchtbar heimgesucht ist, danke erschlittert dem Gericht für das Urteil, das ihn nach seinem materiellen Ruin wenigstens vor dem Verlust seiner Unbescholtenheit bewahrt hat.

Sport • Spiel • Körnerpflanze

D. Olympiade-Sorgen.

Bekanntlich findet die bürgerliche Olympiade 1936 in Berlin statt. Dies löst neben den Kopfschmerzen der Goldbeschaffung aber auch noch andere heftige Kämpfe aus. Der 2. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Dr. Reuendorff, steht in dem offiziellen Jugendsführerblatt „Die Schar“ scharf vom Leder gegen die Beteiligung der D. T. daran. Es wäre der Deutschen Turnerschaft unwürdig, mit Regern und Farbigen aller Schattierungen zu werkschaffen; sie müsse es ablehnen, als Volk zweiten Ranges von den anderen Nationen behandelt, aber zu olympischen Ehren anerkannt zu werden.

Unser Rationalistoly wehrt sich dagegen, friedliche Wettkämpfe mit Mitgliedern von Nationen auszufechten, die uns nicht als gleichberechtigt anerkennen, die uns als Sklavenvolk für sie arbeiten lassen wollen und uns nicht die Wehrfreiheit zugestehen.

Die Forderungen Reuendorffs gliedern darin: die olympischen Spiele dürfen 1936 nicht in Deutschland stattfinden.

Diese Haltung wirbelt natürlich gewaltigen Staub auf im eigenen Lager der Deutschen Turnerschaft, sowohl wie noch mehr bei den anderen bürgerlichen Verbänden.

Sozialistische Jugend, Kreis Prag.

Genossin Alice Kühle, Dresden, spricht Samstag abends um 6 Uhr zum Thema: „Erziehung zur Gemeinschaft“ im Studentenheim (Odborohy dem. Parteimeßla 14). Ende gegen 8 Uhr. — Gäste willkommen. — Pünktlich sein!

und ein edler Sturm vernichtet den Knecht, womit die Konflikte gelöst sind. Der Bildhauer wird seine Kräfte zu kriegen, das es nicht besonders wohl geht, daß er ihren Vater um die Ede gebracht hat. Sich, der Photograph, hat in Karpatenrußland nichts gefunden, was uns überzeugen könnte; daran war wohl auch das schlechte Wetter schuld. Und deshalb wurde dann die Länge des Films teils in Prag Umgebung, teils am Hof des Kriegers nachgefilmt; da kann man nur resigniert schweigen. Die Einstellungen sind sehr gelungen, manche Momente nach gutem Russenmaler gemalt, die Russen Burians sehr geübt, das ganze aber ein Flickwerk, für das zu zeichnen dem Regisseur Krnanich nicht viel Ehre bringen wird. W. L.

Literatur

Rudolf Küstermeier: „Die Mittelschichten und ihr politischer Weg“, 1933, Alfred Bröter-Verlag, Potsdam. Das Buch behandelt die sehr aktuelle Frage der politischen Stellung der Mittelschichten in Deutschland. Es stellt die Entwicklung der sozialen Lage der Mittelschichten seit dem Weltkrieg dar und zeigt deren Proletarisierung. Diese Entwicklung ist die soziologische Grundlage der nationalsozialistischen Partei als Massenbewegung und daraus erwächst für die Sozialdemokratie die Aufgabe, die Mittelschichten nicht für einen Scheinsozialismus, sondern für einen wirklichen Sozialismus zu gewinnen. Zu diesem Zweck empfiehlt der Autor die Grundzüge eines sozialistischen Mittelstandsprogramms. K. St.

„Schnaps mit Erfolg.“ Roman von Bruno Weillentamp. Geb. RM. 5.—. Ullstein Verlag, Berlin. Der Titel kann leicht zu falschen Erwartungen führen. Die Schnaps, es ist die dreier Junger, in der Weltabgeschiedenheit und Trostlosigkeit eines deutschen Dorfes lebender Menschen, hinanzukommen aus der Enge der sie bedrückenden Verhältnisse. Daß ihre Schnaps die schließliche Erfüllung findet, daß sie in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit kein so rotes alljährlich Fall. Ueberhaupt steht der Autor die Welt ungleich rosigter als sie ist und wenn er sogar glaubt, der Armut gute Seiten abzugewinnen zu können, über sie mit einer gewissen Gemütsheftigkeit zu schreiben, so ist die Rechtfertigung dafür nur darin zu finden, daß er die tiefe Tragik der Lage, in der sich insbesondere die heutige Jugend befindet, nicht auszulassen bekommen hat. Weillentamp erzählt gewiß auch manche Gestalt richtig zu leben und zu gestalten, aber das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht so leicht abzutun wie er es zu tun beliebt und einige seiner Romanfiguren haben mit der Weltlichkeit wenig gemein, eher schon mit dem Theater.

KINO-PROGRAMM

Wran-Urania-Kino
Johann Strauß, k. u. k. Hofkapellmusikdirektor.
Tzig jazz und ewig schön bleiben des Walsekönigs Melodien! Michael Bobrowski, glänzend in Maske, Gesang und Spiel! Ganz ausgezeichnet Paul Hörbiger als 1910 Verleger. — Retrospektive: Lee Parry, Grand Theater.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben
Genusswirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Dvořák)
Täglich Konzerte. PRAG II., Křižovnická Nr. 7.

Gerichtssaal

Der Vergleich in der Untersuchungshaft.

Ein Verleumdungsprozeß mit einer sonderbaren Vorgeschichte.
Prag, 16. Februar. Heute wurde vor dem Senat des OGH. Kaspil eine Anklage wegen Verleumdung verhandelt, die den Schlüsselpunkt unter den jahrelangen verwickelten Kampf eines Menschen um sein — sei es auch nur vermeintliches — Recht und darüber hinaus um die Erziehung seiner Familie.
Herr Friedrich Fleischmann aus Komotau hatte leinzeitlich sein Spielwarenlager bei der Versicherungsgesellschaft „Kinnione Adriatica di Sicilia“ auf den Betrag von 1.750.000 K verpfändet. Am Jahre 1924 brannte das Lager ab. Fleischmann wurde, da es in solchen Fällen an Verdachtsgründen nicht zu fehlen pflegt, der Brandstiftung verdächtigt und kam in Untersuchungshaft des Kreisgerichts Prag. Er wurde allerdings bald auf freien Fuß gesetzt, da sich keinerlei begründete Anhaltspunkte für eine Anklage ergaben. Am Tage vor seiner Freilassung aber hatte sich ein Vorfall ereignet, auf welchen Fleischmann sechs Jahre später, als er in jahrelangen erfolglosen Prozessen mit der Versicherungsgesellschaft um seinen Besitz gekammp war, in einer Eingabe an den Justizminister zurückkam.
Diese Eingabe, die vom 21. Jänner 1931 datiert ist, führt folgendes aus:
Am vierten Tage einer Untersuchungshaft sei Fleischmann dem Untersuchungsrichter Dr. Edwin Riedel vorgeführt worden. In Gegenwart dieses Richters habe der Beamte der Versicherungsgesellschaft Ing. Rudolf Staňák ihm Vergleichsvorschläge gemacht und ihn bestärkt, den geringfügigen Ausgleichsbetrag von 200.000 K anzunehmen. Der Liquidator der „Kinnione“ habe bei dieser Gelegenheit in Anwesenheit des Richters dem Versichererten angedroht, er werde noch ein Jahr sitzen, wenn er sich nicht zu dem Vergleich herbeilasse.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Baso erhöht die Pneumatik-Produktion.

Die Baso-Werke in Blin beendeten nun unter Mitwirkung hervorragender Spezialisten die ausgearbeiteten Vorbereitungen für die Produktion von Auto-Pneumatik auf 1000 Stk täglich. Die bisherige Erzeugung, die nur 500 Stk täglich herbrachte, lagte bei weitem nicht den Bedarf in der Tschechoslowakei zu decken. Zur Produktion von Auto-Pneumatik in den Baso-Werken wurde nach der Beendigung von langen und sorgfältigen Versuchen sowie in den Werken selbst, als auch mit den verschiedensten Fahrzeugen und Fahrzeugen, geschritten, wobei eine Qualität erreicht wurde, die den besten Weltmarken gleichkommt. — Weil die Pneumatik Baso, gleichfalls wie andere Produkte Baso, billig direkt an den Verbraucher verkauft werden, ist zu erwarten, daß die Tschechoslowakei schon in diesem Jahre nicht nur das Land der billigen Schuhe, sondern auch der guten und billigen Pneumatik werden wird. 100

Der Film

Aus der Welt der Waldeinsamkeit.

Der Titel dieses neuesten Tschechoslowakischen Films zeigt schon, daß die heimische Produktion nach wie vor auf Abwegen ist: neben Bierhumor gibt es nur unzulässige Sentimentalitäten, die kaum Widerhall finden. Das Jahr 1933 und seine Probleme existieren nicht recht für den Film, der sich in Vergangenes vergräbt und Gegenwartsmenschen langweilt. Ein- oder zweimal im Jahr verirrt sich die Produktion in das Gebiet der „Kunst“: man engagiert einen jungen Menschen und läßt ihn „mitarbeiten“. Das geschieht hier dadurch, daß der Autor des Drehbuchs einer der Modernisten des heimischen Films ist; jeder AVS-Schüler des Fachs steht gleich nach der ersten Szene, daß der Regisseur hier wieder keine eigenen, dem Film fremden Wege gegangen ist und wahllos die guten Einfälle seiner künstlerisch denkenden Mitarbeiter verarbeitete. Montagen von Holzfüßler-Träumen mit tschechischem Hintergrund, Wetterfahnen werden gezeigt und niemand weiß warum. Eine Liebeshandlung aus einer dem Programm nach wägen Welt, mit Totschlag und Leidenschaft endet zum Schluß glücklich im ewig bereiten Verzeihen eines der gütigen Himmlischen; hier bleibt der Tor ein ewiger, denn die Intruse der Gattin wird ihm niemals verraten. Da wir uns im Jägerhaus befinden, gibt es Naturmenschen in Hülle und Hülle und jeder einzelne sieht mehr nach Krieger als als der andere. Nur zwei Geschlechter werden unvernünftig bleiben: Tschobitsch als alter, verbitterter Jäger, und sein Kind, von der bis jetzt begabtesten tschechischen Schauspielerin Waleřka dargestellt. Diese beiden retten den Film vor dem Ärgsten: sie haben Gefühl ohne zu posieren, beide können sprechen, zeigen Gefühle, die verständlich sind und Menschen, die nicht nach Kulisse aussehen. Daß der Regisseur dieser Schauspielerin keine Aufmerksamkeit geschenkt hat, ist wahrhaft blamabel. Was sonst im Film vorgeht, wird immer unklar bleiben: ein edler Waldmann wird in der Waldeinsamkeit vom Weib betrogen

Kunst und Wissen

Dufosina Giannini gibt ein einziges Konzert Dienstag, den 21. d. M. in der Luzerna.
Von der Deutschen Musikakademie, Westfälischer Abend, Montag, den 20. Februar, 8 Uhr in der Urania im Programm Werke von G. F. Händel.
Samstag: „Aheingold“ (C 1) mit Bodemann und Junga. G. — Dienstag: „Hoffmanns Erzählungen“ (A 2) mit Rudolf Bodemann als Hoff.
Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 18 Uhr: „Carmen“ (D 1). — Samstag, 18 Uhr: „Das Rheingold“ (C 1).
Wochenplan der Kleinen Bühne. Freitag, 18 Uhr: „Candida“.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Kate Falken, Prag. Wir kommen diesen Samstag zum erstenmal in der Solleschowitz Kulturverbandsschule zusammen. Treffpunkt: Bis Favorit im Messepalast um 14 Uhr. — Pflichtheim für Danna, Zlonec, Garab. und Lovellertamerarbeiten.
Freie Vereinigung der Akademiker, Arbeitsgemeinschaft „Heilige Johanna“, Montag, den 20. Februar, 12 Uhr, Café Continental.